

Wettbewerbsbeitrag

für den 65. Schülerwettbewerb des Landtags BW Schuljahr 22/23

Erörterung zum Thema 7:



© Federico Gambarini / dpa

Energiekrise und Inflation – Helfen die Entlastungspakete den Ärmsten unserer Gesellschaft?

Hannah Eckstein

Markgraf-Ludwig-Gymnasium

11. Klasse

Inhaltsverzeichnis

1) Einleitung	2
2) Beschreibung der Situation	3-5
2.1) Energiekrise im Winter	3
2.1.1) Nord Stream 1 und 2	3
2.1.2) Mangel an erneuerbaren Energiequellen	4
2.2) Inflation	4
2.2.1) Erhöhte Lebenshaltungskosten	4
2.3) Armut	4-5
2.3.1) Wer besonders von Armut gefährdet ist	5
3) Pro-Argumentation	5-7
3.1) Bürgergeld und Reform vom Wohngeld	5
3.2) Wegfall der EEG-Umlage	6
3.3) Zahlreiche Einmalzahlungen und Bonis	7
4) Kontra-Argumentation	8-10
4.1) „49-Euro-Ticket“ ist ein netter Gedanke	8
4.2) Verzweiflung und Angst trotz Hilfen	9
4.3) Wohlhabende profitieren mehr als Armutsbetroffene	10
5) Fazit	11
6) Quellen	11

1) Einleitung

„Wochenendaktivitäten wie ins Kino, ins Theater gehen, ein Konzert besuchen: Das sind Dinge, die mache ich gar nicht. Auf die werde ich auch total verzichten. Ich versuche das zu kompensieren mit zuhause Bücher lesen oder einen Film gucken. Aber es bleibt mir nichts anderes übrig. (...) Leider ist das so.“ (Gräßner 2022, NDR-Doku Minute 28:34-29:09)

Wie Claudia Gräßner geht es momentan vielen Bürger*innen aus der unteren Mittelschicht. Ihre Löhne sind zu niedrig und nach allen Abzügen bleibt häufig nur wenig Geld im Monat übrig. Zu diesen Zuständen kommen noch die inflationsbedingten erhöhten Lebenshaltungskosten, die den kleinen Überschuss des Lohns nichtig machen. Das Leben ist teurer geworden wie eine Statistik des Statistischen Bundesamtes beweist. Dieser Statistik zufolge stieg die Inflationsrate seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine stark an, bis auf zuletzt 10,4 Prozent im Oktober dieses Jahres.



Abbildung 1: Statistik über die Inflationsrate in Deutschland von Oktober 2021 bis Oktober 2022 (Statista 2022)

Dies hat zur Folge, dass Menschen wie Claudia Gräßner mehr ausgeben, als sie an Lohn bekommen und somit als armutsgefährdet gelten. Um diese Entwicklung zu verhindern, hat die Bundesregierung drei Entlastungspakete aufgestellt, um speziell die Unter- sowie die Mittelschicht finanziell „unter die Arme zu greifen“ und ihnen aus dieser Notlage zu helfen. Doch die Frage, die sich mir stellt ist, ob diese Entlastungspakete auch wirklich den Ärmsten unserer Gesellschaft helfen oder vor allem die obere Mittelschicht sowie die Oberschicht von diesen profitieren. Ich habe mir dieses Thema ausgesucht, da ich persönlich mehrere Bekannte und Freunde kenne, die schauen müssen, wie sie über den Winter kommen ohne in die Armut zu rutschen.

2) Hintergrundinformationen

2.1) Energiekrise im Winter

Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine am 24. Februar 2022 erhöhen sich die Gas- und Energiepreise aus mehreren Gründen, die ich im Folgenden beschreiben werde.

2.1.1) Nord Stream 1 und 2

Schon öfters gingen Berichte durch die Medien, die berichteten, dass Russland den Gasfluss gedrosselt hätte oder ein „unerwartetes Gasleck“ auftreten würde. Bereits im Juli dieses Jahres drosselte Russland den Gasfluss durch die Gaspipeline „Nord Stream 1“ auf 20 Prozent ihrer maximalen Kapazität. „Gas [ist] inzwischen Teil der russischen Außenpolitik und womöglich auch Teil der Kriegsstrategie“ (Müller 2022, Tagesschau, Z. 29 f.), so Netzagenturchef Klaus Müller. Auch stoppte Gazprom (ein russischer Gaskonzern) mehrmals die Gaslieferungen durch die Pipeline wegen plötzlichen Reparaturen an den Turbinen. Diese erfolgten jedoch als Reaktionen auf die westlichen Sanktionen gegen den Kreml. Seit dem 1. September existiert ein Lieferstopp durch die Pipeline. Am 26. September 2022 wurde ein Anschlag auf die Pipelines Nord Stream 1 und 2 verübt, welche „nach Angaben der Nord Stream AG (...) eine Röhre des Doppelstrangs auf einer Länge von rund 250 Metern zerstört [haben].“ (Tagesschau 2022, Z. 11 f.), sowie einen Schaden an der Pipeline „Nord Stream 2“ verursacht haben, die jedoch nie in Betrieb genommen wurde. „Das Genehmigungsverfahren sei angesichts des russischen Vorgehens in der Ukraine

gestoppt worden.“ (Scholz 2022, Tagesschau, Z. 5 f.), so Scholz in einer Pressemitteilung beim G7-Gipfel.

2.1.2) Mangel an erneuerbaren Energiequellen

„Bis 2030 sollen 80 Prozent des Stroms in Deutschland (...) aus erneuerbaren Energien stammen. Im vergangenen Jahr lag der Erneuerbaren-Anteil aber erst bei 42 Prozent.“ (Kersting, Witsch 2022, Handelsblatt, Z.19 ff.) Zudem geht der Ausbau schwer voran, was an den langen Planungs- und Genehmigungszeiten und auch an Gesetzen auf der Länderebene liegt, wie beispielsweise an der „10-H-Regel“ in Bayern, die besagt, dass „ein Windrad grundsätzlich mindestens das Zehnfache seiner Höhe von einer Wohnbebauung entfernt sein muss.“ (Kersting, Witsch 2022, Handelsblatt, Z. 79 ff.) Ein ähnliches strenges Gesetz, das den Ausbau der Windkraft verlangsamt, existiert nur in Nordrhein-Westfalen: Hier müssen Windräder einen Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohnsiedlungen haben.

Insgesamt führen all diese Faktoren bei uns hierzulande zu höheren Gas- sowie Energiepreisen.

2.2) Inflation

2.2.1) Erhöhte Lebenshaltungskosten

Laut den Daten des Statistischen Bundesamtes stiegen die Lebensmittelpreise zwischen September 2021 und September 2022 um 18,7 Prozent. Speisefette und Öle sind im Preis um 49 Prozent gestiegen, Milchprodukte und Eier um 29,1 Prozent, Fleisch um 19,5 Prozent und Brot sowie Getreideprodukte um 18,5 Prozent. (vgl. Verbraucherzentrale NRW / Berlin, 8.11.22). Um es an einem Beispiel zu erklären: Im Herbst 2021 kostete 250 Gramm deutsche Markenbutter noch knapp 1,65 Euro, derzeit sind es bereits mehr als 2,50 Euro, das ist eine Preiserhöhung von fast einem Euro. Diese Preiserhöhungen werden verursacht durch ansteigende Produktionskosten wegen der hohen Energie- und Gaspreise, durch gestiegene Mitarbeiterkosten und durch Transportkosten wegen der erhöhten Spritpreise.

2.3) Armut

Wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns erhält, gilt in Deutschland als arm. Armut in Deutschland ist bereits durch die gewachsene soziale Ungleichheit während der Corona-Pandemie gestiegen, durch die momentane

wirtschaftliche Lage könnte die Schere zwischen Arm und Reich sich wieder öffnen. Insgesamt sind 16,6 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet (Stand 2021).

2.3.1) Wer besonders von Armut gefährdet ist

In Prozent, nach Sozialleistungen, 2020

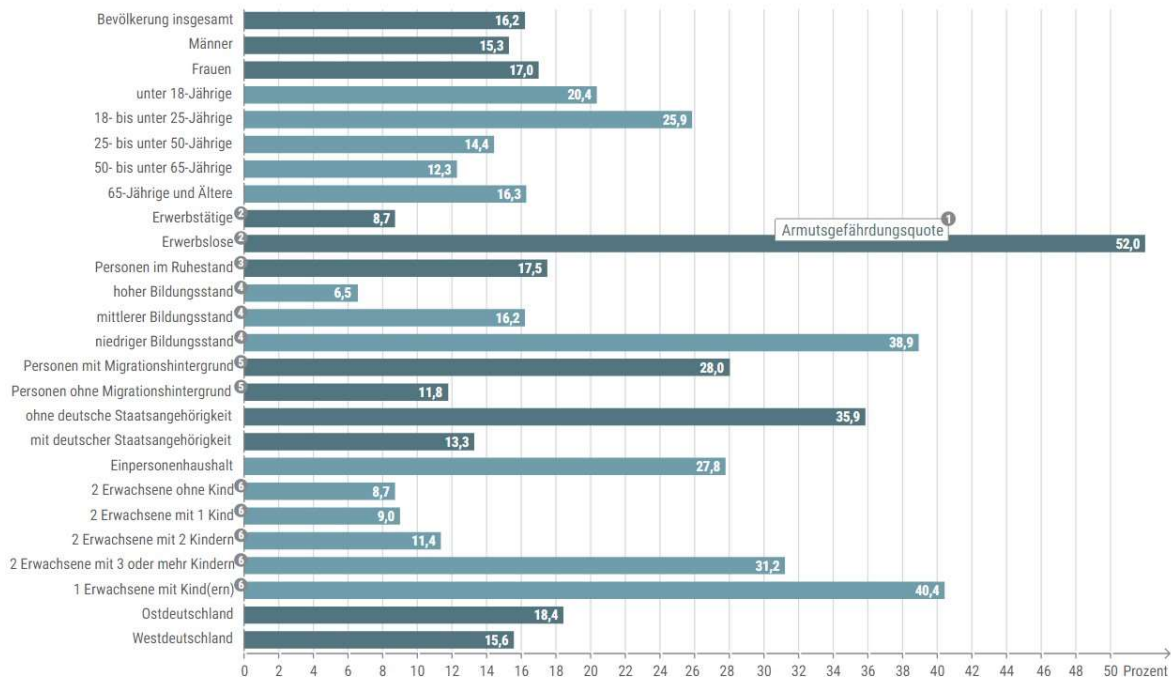


Abbildung 2: Armutgefährdungsquote in Prozent nach Sozialleistungen in 2020, Bundeszentrale für politische Bildung

Wie an Abbildung 2 zu erkennen ist, sind von Armut besonders die Menschen gefährdet mit einem niedrigen Bildungsabschluss (38,9%), Menschen ohne Erwerbstätigkeit (52%), Personen mit Migrationshintergrund (28%), Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35%) sowie alleinerziehende Mütter oder Väter (40,4%). Auch sind eher Frauen (17%) als Männer (15,3%) und Ostdeutsche (18,4%) als Westdeutsche (15,6%) armutsgefährdet. (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022)

3) Pro-Argumentation

3.1) Bürgergeld und Reform vom Wohngeld

Mehr Menschen denn je sollen Wohngeld erhalten. Der Kreis der Personen, die berechtigt sind Wohngeld zu beantragen, soll nun auf zwei Millionen Bürger*innen erweitert werden. Somit können mehr Personen bei stark gestiegenen Energiekosten Anspruch stellen. Zudem soll das Wohngeld „eine dauerhafte Klima- und

Heizkostenkomponente enthalten, um die gestiegenen Energiepreise stärker abzufedern.“ (Hoppe 2022, Frankfurter Rundschau, Z. 39 ff.). Das Klimageld soll „sozial gestaffelt“ und nicht nach dem Gießkannenprinzip ausgezahlt werden, das heißt, dass zuerst die Bedürftigsten den Bonus erhalten sollen und danach der Rest, anstatt wie beim Gießkannenprinzip ohne Bedürfnisprüfung. Zudem wird das Arbeitslosengeld II ab dem 1.1.2023 zum Bürgergeld. Dies hat zur Folge, dass der Regelsatz von 449 Euro auf 502 Euro steigen wird, also ein Plus von 53 Euro monatlich, dass es eine zweijährige Schonfrist gibt, also Empfänger*innen des Bürgergeldes in einer zu großen Wohnung bleiben können und Ersparnisse bis 60.000 Euro nicht angerechnet werden (vgl. Tagesschau, 14.09.22). Auch sollen die strengen Sanktionen – außer bei hartnäckigen Terminversäumnissen - gestrichen werden und eine Vertrauensbasis mit den Bezieher*innen aufgebaut werden. Bei Weiterbildung soll es ein monatliches Weiterbildungsgeld in der Höhe von 150 Euro geben, bei Abschluss weiterhin Prämien. Darüber hinaus müssen die Bezieher*innen nicht jeden beliebigen Job annehmen, falls eine Weiterbildung sinnvoller erscheint. All diese Faktoren führen dazu, dass sich die Bürgergeld-Bezieher*innen durch die Beitragserhöhungen und geringere Stigmatisierung wieder in die Gesellschaft eingliedern können und die Möglichkeit besteht, den Teufelskreis der Armut für ihre Kinder zu brechen.

3.2) Wegfall der EEG-Umlage

Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wurde im Jahr 2000 eingeführt und finanziert die Förderung des Ausbaus von Solar-, Wind-, Biomasse- und Wasserkraftwerken. Bisher wurde die EEG-Umlage über die Stromrechnungen der Stromkunden abgezogen. (vgl. Website der Bundesregierung 2022). Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge soll eine vierköpfige Familie durch den Wegfall der EEG-Umlage bis zu 150 Euro im Jahr sparen (vgl. Deutschlandfunk 2022). Vor allem die EEG-Umlage belastete Haushalte mit geringem Einkommen. „Der Anteil ihres Einkommens, den Haushalte mit geringen Einkommen für die EEG-Umlage aufwenden müssen, ist höher als bei einkommensstarken Haushalten. Letztere betreiben häufiger Solaranlagen und profitieren damit von der Förderung.“ (Schaefer 2022, IW Köln, Z. 1 ff.)

EEG-Anteil am Einkommen und Verteilung von Solaranlagen

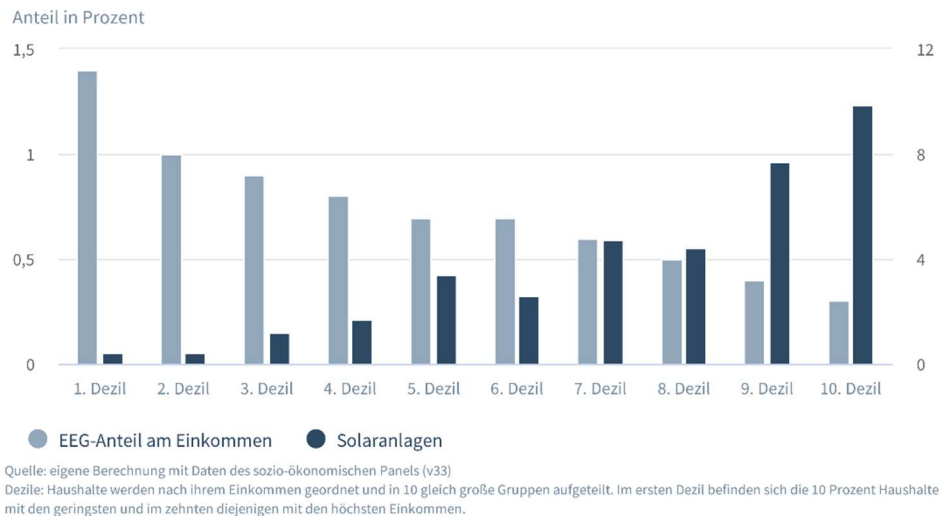


Abbildung 3: EEG-Anteil am Einkommen und Verteilung von Solaranlagen, IW Köln, 2018

Das erste Dezil (die untersten zehn Prozent) haben den höchsten EEG-Anteil am Einkommen mit knapp 1,5 Prozent und den niedrigsten Anteil an Solaranlagen mit circa 0,25 Prozent. Das zehnte Dezil (die obersten zehn Prozent) haben den niedrigsten EEG-Anteil am Einkommen mit nur 0,3 Prozent und den höchsten Anteil an Solaranlagen mit zehn Prozent. Es lässt sich eine deutliche Umverteilung von unten nach oben erkennen. Durch den Wegfall der EEG-Umlage verbessert sich die Ungleichheit und zugleich haben Bezieher*innen von Hartz IV mehr Geld zur Verfügung am Monatsende.

3.3) Zahlreiche Einmalzahlungen und Bonis

Hartz IV-Empfänger*innen und erwerbstätige Personen aus dem unteren Mittelstand erhalten mehrmals Einmalzahlungen und Bonis durch die Entlastungspakete. Im Entlastungspaket eins aus dem Februar dieses Jahres erhalten Wohngeldempfänger*innen einen „doppelt so hohen Zuschuss zu den Heizkosten (...) wie bisher geplant.“ (Deutschlandfunk 2022, Z. 32 f.). Im Entlastungspaket zwei aus dem Mai dieses Jahres steht eine Energiepreispauschale von einmalig 300 Euro brutto

festgeschrieben für einkommensteuerpflichtige Erwerbstätige, die in den Steuerklassen 1-5 einsortiert sind. Dazu kommen „eine Einmalzahlung für Empfänger von Sozialleistungen in Höhe von 200 Euro sowie eine Einmalzahlung für Arbeitslosengeldempfänger in Höhe von 100 Euro“ (Deutschlandfunk 2022, Z. 60 f.) und ein zweiter Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger*innen im Entlastungspaket drei aus diesem Herbst. Aus den aufgezählten Einmalzahlungen und Bonis lässt sich schließen, dass Arbeitslosengeldempfänger*innen reichlich Soforthilfen vom Staat bekommen und das verteilt über das gesamte Jahr.

4) Kontra-Argumentation

4.1) „49-Euro-Ticket“ ist ein netter Gedanke

Das „49-Euro-Ticket“ ist ein bundesweites monatliches Ticket, vorgeschlagen von Bündnis 90/ Die Grünen, welches als kostengünstiger Nachfolger des „9-Euro-Tickets“ dienen soll. Im Gegensatz zu diesem ist das „49-Euro-Ticket“ ein „dauerhaft erwerbliches Abonnement“. Und an sich ist das auch ein netter Gedanke, wenn man sich jedoch näher das Arbeitslosengeld II (umgangssprachlich: Hartz IV) anschaut, dann lässt sich erkennen, dass das Ticket für arme Menschen nutzlos ist.

Anteil am Regelbedarf	in % von der RL	in € von der RL
Nahrung, alkoholfreie Getränke	34,70%	155,82 €
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	9,76%	43,82 €
Post und Telekommunikation	8,94%	40,15 €
Bekleidung, Schuhe	8,30%	37,26 €
Wohnen, Energie (Strom), Wohninstandhaltung	8,48%	38,07 €
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	6,09%	27,35 €
andere Waren und Dienstleistungen	7,97%	35,77 €
Verkehr	8,97%	40,27 €
Gesundheitspflege	3,82%	17,14 €
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2,62%	11,73 €
Bildung	0,36%	1,62 €
Summe	100 %	449,00 €

Abbildung 4: Hartz-IV-Regelsatz 2022, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Wie an Abbildung vier zu erkennen ist, liegt der Anteil des Verkehrs im Hartz-IV-Regelsatz nur bei 8,97 Prozent, also 40,27 Euro. Hiermit fehlen genau 8,73 Euro, damit sich Personen, die das Arbeitslosengeld II beziehen das „49-Euro-Ticket“ leisten und nicht auf Reisen durch die Bundesrepublik mit dem Nahverkehr verzichten müssen. Denn dieses Ticket wäre die Chance einer Hartz-IV beziehenden Person auf eine kostengünstige Urlaubsreise gewesen, die er*sie sonst nicht antreten könnte aus finanziellen Gründen. Aber auch Arbeiter*innen aus der unteren Mittelschicht können sich das Ticket höchstwahrscheinlich nicht leisten. Nehmen wir das bereits genannte Beispiel von Claudia Gräßner aus der Einleitung. Gräßner arbeitet als Sprachlehrerin in einer Volkshochschule und bietet Sprachkurse für Migrant*innen an. Am Ende des Monats mit allen Abzügen bleibt für plus/minus null übrig (vgl. Gräßner 2022, NDR-Doku). Mit einem kostengünstigeren Ticket wäre es auch ihr möglich zu sparen und eventuell am Ende des Monats Geld übrig zu haben, um dieses anzulegen. Anhand meiner Beispiele lässt sich erkennen, dass arme und armutsgefährdete Menschen nicht vom „49-Euro-Ticket“ profitieren werden, sondern nur die obere Mittelschicht sowie die Oberschicht, die sich auch garantiert dieses Ticket trotz der Inflation leisten können.

4.2) Verzweiflung und Angst trotz Hilfen

Die Entlastungshilfen für Wohngeldbeziehende und/oder Erwerbslose fallen geringer aus als die von Wohlhabenden. „Der neue Regelsatz für Sozialhilfeempfänger ist immer noch zu viel zu knapp bemessen – das zehrt die Inflation sofort auf.“, (Klöpper 2022, taz, Z. 34 ff.), so Kai-Gerrit Venske von der Berliner Caritas. Trotz den Entlastungspaketen „drehen arme Menschen jeden Cent um“. Denn: „Fast drei Viertel der Deutschen haben Angst vor steigenden Strompreisen“ (Haerder 2022, Wirtschaftswoche, Z. 1). „Am meisten Gedanken machen sich Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1500 und 2500 Euro, hier sind es sogar 77 Prozent.“ (Haerder 2022, Wirtschaftswoche, Z. 23 ff.). Menschen mit einem geringen Einkommen zahlen nämlich häufig mehr als ihre Einnahmen es erlauben, für die immer weitersteigenden Strom- und Gaskosten. Auch Menschen, die Hartz IV beziehen und staatliche Unterstützung erhalten, wissen oft nicht wie sie ihre Stromrechnungen begleichen sollen.

4.3) Wohlhabende profitieren mehr als Armutsbetroffene

Die deutsche Politik verteilt Sonderzahlungen nach dem Gießkannenprinzip. Es wird nicht auf individuelle Zustände eingegangen, sondern jeder erhält die Zahlungen ohne Bedarfsüberprüfung. Davon profitieren vor allem eher Wohlhabende anstatt Armutsbetroffene. (vgl. Fratzscher 2022, Zeit)

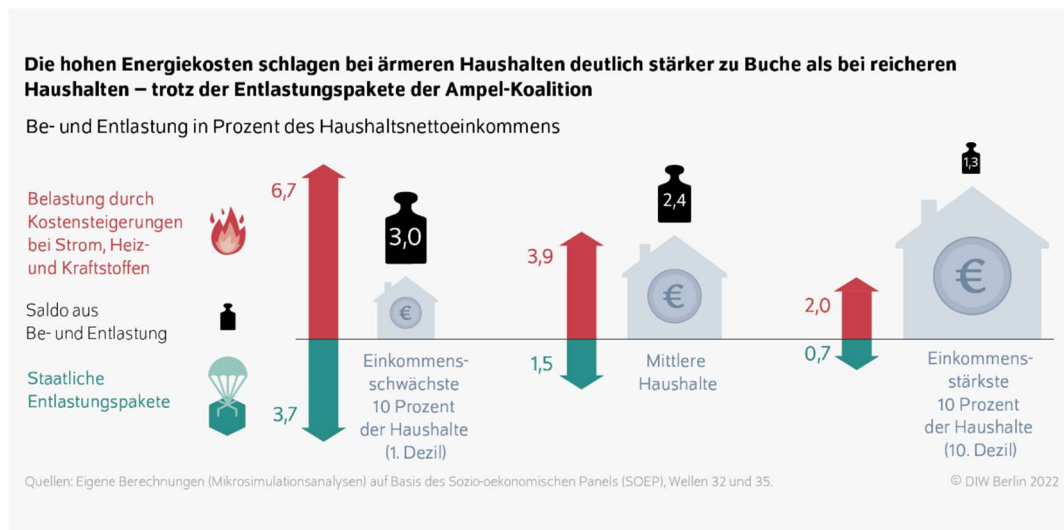


Abbildung 5: Be- und Entlastung der verschiedenen Gesellschaftsschichten, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V 2022 (DIW Berlin)

Auf Abbildung fünf sieht man, dass die Unterschicht den höchsten Saldo aus Be- und Entlastung trägt mit 3 Prozent, die Mittelschicht den zweithöchsten Saldo mit 2,4 Prozent und die Oberschicht den geringsten Saldo mit 1,3 Prozent. Besonders die Einkommensschwächsten zehnteil der Haushalte zahlen 6,7 Prozent ihres Nettoeinkommens wegen Kostensteigerungen bei Strom, Heiz- und Kraftstoffen. Bei den Einkommensstärksten zehnteil machen die Kostensteigerungen nur 2 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens aus. Das Realeinkommen sinkt stärker bei Geringverdienenden als bei Spitzenverdienenden trotz der Entlastungspakete der Ampel-Koalition (vgl. Bach, Knautz 2022, DIW Berlin).

Vor allem auch bei anderen Maßnahmen profitieren Haushalte mit höherem Einkommen mehr als die mit niedrigem Einkommen. Hierfür wären die Erhöhung der Pendlerpauschale von 35 Cent auf 38 Cent, die Energiepreispauschale von 300 Euro nur für Erwerbstätige und das „49-Euro-Ticket“ (siehe 4.1) gute Beispiele, bei denen deutlich zu erkennen ist, dass hierbei nicht Arme, sondern Reiche profitieren. Denn bekanntermaßen haben Haushalte mit niedrigem Einkommen kein Geld zur

Verfügung, um sich ein Auto anzuschaffen. Erwerbslose werden bei hohen Bonuszahlungen ausgegrenzt. „Die Entlastungen für Geringverdiener durch die Anhebung der Midi-Job-Grenze auf 2000 Euro werden grob geschätzt maximal 50 Euro im Monat bringen. Und die Erhöhung des Kindergelds beispielsweise wird bei Hartz-IV-Empfängern voll mit dem Regelsatz verrechnet, bringt also keine Entlastung.“ (Girschick 2022, Tagesschau, Z. 41 ff.)

5) Fazit

Abschließend ist festzuhalten, dass die Entlastungspakete nicht an die Unterschicht und untere Mittelschicht angepasst sind. Der Nachfolger des „9-Euro-Tickets“ kostet mehr als der Hartz-IV-Regelsatz für Verkehr pro Monat hergibt, dadurch ist für sie dieses Ticket nicht nutzbar. Auch existieren bei vielen Bürger*innen Sorgen und Ängste, es durch den Winter zu schaffen und dabei alle Rechnungen noch bezahlen zu können. Die Entlastungspakete sind im Grunde genommen ein guter Ansatz, leider nur mit einer schlechten Ausführung: Reiche profitieren mehr von diesen Paketen, als die Personengruppen, die wir genau jetzt am meisten schützen sollten: Rentner*innen, Arbeitslosengeldempfänger*innen sowie Obdachlose. Meiner Meinung nach sollten wir nicht 100 Milliarden Euro in Rüstung investieren, sondern dieses Geld dazu verwenden, genau diesen schützenswerten und bedürftigen Teil unserer Gesellschaft zu schützen, denn wir sind eine Gesellschaft und ein Sozialstaat. Wenn dieser es jedoch nicht schafft, eine essentielle, gar notwendige Gesellschaftsschicht vor der Armut zu beschützen, werden wir in der Zukunft noch größere Probleme bekommen.

6. Quellenverzeichnis

Textquellen

- <https://www.youtube.com/watch?v=4sEUI0Ym8Kw> (letzter Aufruf: 30.10.22)
- <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/gas-nord-stream-eins-gazprom-101.html> (letzter Aufruf: 4.11.22)
- <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/handelsblatt-energie-gipfel-weil-buerokratie-stoert-oekostrom-ist-mangelware/27984540.html> (letzter Aufruf: 3.11.22)
- <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788> (letzter Aufruf: 1.11.22)
- <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/scholz-nordstream-101.html> (letzter Aufruf: 30.10.22)

- <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nord-stream-1-schaeden-101.html> (letzter Aufruf: 2.11.22)
- <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/> (letzter Aufruf: 4.11.22)
- <https://www.bahn.de/angebot/regio/deutschlandticket> (letzter Aufruf: 3.11.22)
- <https://www.lpb-bw.de/regelsatz-hartziv#c66742> (letzter Aufruf: 5.11.22)
- <https://www.deutschlandfunk.de/hohe-energiepreise-energiesparen-entlastungspaket-102.html> (letzter Aufruf: 5.11.22)
- <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-04/energie-entlastungspakete-bundesregierung-soziale-gerechtigkeit> (letzter Aufruf: 6.11.22)
- <https://www.tagesschau.de/inland/analyse-entlastungspaket-101.html> (letzter Aufruf: 4.11.22)
- <https://taz.de/Kritik-am-Entlastungspaket-des-Bundes!/5876340/> (letzter Aufruf: 5.11.22)
- <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/buergergeld-hartz-101.html> (letzter Aufruf: 6.11.22)
- <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/eeg-umlage-faellt-weg-2011728> (letzter Aufruf: 7.11.22)
- <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/inflation-fast-drei-viertel-der-deutschen-haben-angst-vor-steigenden-energiepreisen/28472946.html> (letzter Aufruf: 7.11.22)
- <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241114/umfrage/entwicklung-des-hartz-iv-regelsatzes/> (letzter Aufruf: 4.11.22)
- <https://www.fr.de/wirtschaft/drittes-entlastungspaket-das-muessen-sie-wissen-91766377.html> (letzter Aufruf: 6.11.22)

Bildquellen

- <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/hohe-inflation-sparquote-der-deutschen-sinkt-auf-vor-corona-niveau-a-106d63f0-26fe-4db8-a68b-0199a8109f3e> (letzter Aufruf: 29.10.22)
- <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindexes-zum-vorjahresmonat/> (letzter Aufruf: 2.11.22)
- <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61785/ausgewaehlte-armutsgefaehrungsquoten/> (letzter Aufruf: 3.11.22)

- https://www.diw.de/de/diw_01.c.840044.de/publikationen/wochenberichte/2022_17_1/hohe_energiepreise__aermere_haushalte_werden_trotz_entlastungspaketen_staerk_er_belastet_als_reichere_haushalte.html (letzter Aufruf: 6.11.22)
- <https://www.iwkoeln.de/studien/thilo-schaefer-umverteilung-von-unten-nach-oben-405976.html> (letzter Aufruf: 7.11.22)